

2 Meinungen

Leserbriefe

Es ist höchste Zeit für drastische Massnahmen

Zur Klimakonferenz in Paris

Paris: Ville lumière – als Ort des Terrors in aller Munde und breit ausgewalzt in den Medien.

Paris: Ort eines viel wesentlichen Geschehens mit ungleich grosseren Spätfolgen: der Internationalen Klimakonferenz vom 30. November bis 11. Dezember (Paris duldet zurzeit keine Demonstrationen, auch nicht die vorgesehene fürs Klima).

Alle grossen Probleme heute sind international, die meisten global: das Klima, die Migration, die Korruption, der Terrorismus, die Ernährung, das Wasser und so weiter. Es genügt nicht, dass wir Schweizer innerhalb der Grenzen mit uns zufrieden sind. Die Erderwärmung ist bedrohlich. Es ist höchste Zeit, dass drastische Massnahmen verpflichtend beschlossen werden und dann auch durchgeführt. Da Freiwilligkeit leider in den letzten 30 Jahren fast nichts brachte, müssten unsere Regierungen (die ja zum Beispiel die Macht hatten, Millionen Soldaten in den Krieg zu schicken) den Mut haben, uns zum Sparen, zur Verhaltensänderung zu zwingen. Ich fürchte, sie werden «realpolitisch» nichts tun, dafür wieder gewählt werden...

Wenn der Meeresspiegel steigt, Zentralafrika verdorrt, mehr Flüchtlinge kommen, was dann? Kämpfen wir wenigstens im uns zugänglichen Bereich gegen die Treibhausgase? (Nicht fliegen, wenig Auto fahren, vor allem nicht pendeln, sparsam heizen und so weiter.)

Heinrich Pestalozzi
Neunkirch

Ein Halleluja der Verwaltung

Zu «Neue Büros für das Zollinspektorat», SN vom 19. 11.

Einmal mehr breitet sich die Verwaltung an teuerster Lage aus, spricht vom Sparen und schwächt gleichzeitig die dringend notwendige Front und den Service public mit der Schliessung von Zollstellen. Bravo, da können Sie sich auch mit regierungsrätlicher «Bebaupinslung» kein Kränzchen winden und den Munot so lange verschieben, wie sie wollen. Da kenne ich passendere Sprüche: «Das passt genau wie die Faust aufs Auge.»

Jörg Winzeler
Barzheim

Aus der Fülle schöpfen

Zur Flüchtlingskrise

Warum soll die heutige Generation sparen? Warum soll sie mit den erbten Ressourcen Wasser, Öl, Gas, Boden, Luft und den vielen weiteren erzeugten Bodenschätzen verantwortungsvoll umgehen? Warum mit den wertvollen Lebensmitteln achtsam sein? Wer aus der Fülle schöpfen kann, schöpft. Bescheiden zu sein, warum auch? Bescheiden sein ist uncool und anstrengend. Verantwortung übernehmen muss gelernt und vorgelebt werden.

Unsere Masslosigkeit haben andere als Mangel zu spüren bekommen. Kolonialisierung, Ausbeutung, Macht, Krieg, Korruption, Umweltschäden, Folgen des Klimawandels haben ihnen die Grundlagen des Lebens zerstört.

Es kommen nicht die Ärmsten. Es kommen jene, die die Mächtschaften des reichen Westens durchschauen und der Korruption und Gewalt im eigenen Land entfliehen wollen. Sie wollen Wiedergutmachung, ihren eisernen Willen haben sie auf ihrer Flucht bereits bewiesen. Jetzt dürfen sie fordern. Und der reiche Westen darf (muss) Wiedergutmachung leisten.

Rita Schirmer-Braun
Schaffhausen

Bau winterfester Unterkünfte

Zu «Neuer Zustrom von Flüchtlingen erwartet», 11. 11.

Der Historiker, der auch die Geschichte der arabisch-islamischen Welt und die Fundamente derselben aus eigener Anschauung kennt, kann sich über die gegenwärtige Situation im Raum Europa – Naher/Mittlerer Osten, Nordafrika, mit den Grossmächten USA und Russland im Hintergrund – leider keine Illusionen machen. Sie ist sehr komplex, völlig verfahren und weithin schrecklich, unhaltbar. Zweckoptimismus, auch in unseren Ländern, hilft nicht nur nicht weiter, sondern zählt momentan zum Schlimmsten. Als Folge dieser ganzen Situation werden noch über längere Zeit, auch bei restriktiverer Asylpolitik, grosse Flüchtlingsströme unsere Grenzen erreichen (ob das bei den Verantwortlichen in Bern, im Departement des Äusseren wie im Staatssekretariat für Migration, genügend vorausgesehen wurde oder nicht und welche Schlüsse gezogen wurden oder eben nicht, entzieht sich meiner Kenntnis).

So oder so scheint nunmehr ausser Frage: Unter Mitwirkung von beiden Seiten, Bund und Gemeinden, müssen die Kantone, zusammen mit der einschlägigen Bauwirtschaft, die Erstellung von zugleich winterfesten, aber relativ leicht wieder demontierbaren Unterkünften (Containern) minutiös vorbereiten. Allenfalls notwendige zusätzliche Planungskapazitäten müssten per Outsourcing beschafft werden. Wenn dann gebraucht, können diese Unterkünfte in kürzestmöglicher Frist erstellt werden. Zelte sind in unseren Breiten keine Lösung. Diese Unterkünfte müssen ein Minimum an privater Rückzugsmöglichkeit und genügend grosse und unterteilte Aufenthaltsräume enthalten. Andernfalls werden schwer lösbare Konflikte entstehen, welche uns mehr kosten werden als die genannten Anforderungen an diese Unterkünfte; denn in diesen werden abgewiesene Asylbewerber und humanitär Aufgenommene (mit begrenztem Bleiberecht) über längere Zeit untergebracht werden müssen. Für Versorgung und Betreuung, soweit sie von den Einquartierten nicht selbständig bewältigt werden können, dürften – je nach konkreter Situation – unterschiedliche (lokale, regionale oder überregionale) Träger die angemessenste Lösung sein.

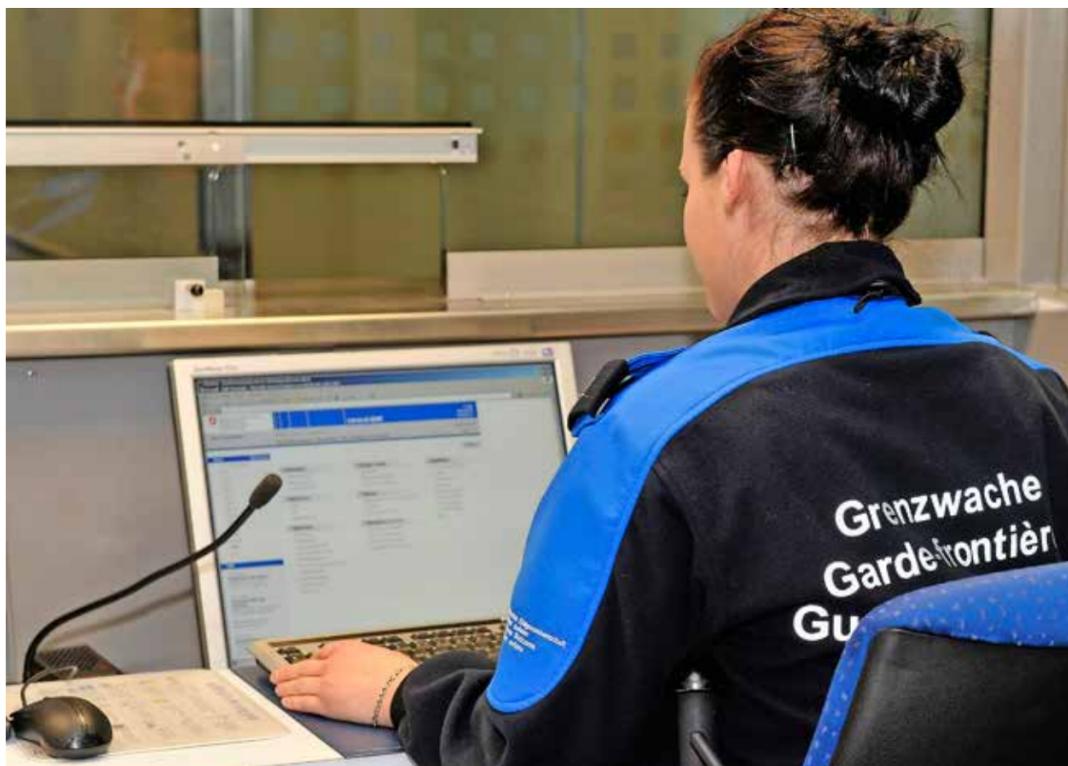
Jakob Müller
Beringen

Korrigenda

NAGRA INFORMIERTE GESTERN...
SN vom 25. 11. 2015

Der Titel «Nagra informierte gestern die Grundeigentümer» ist falsch. Richtig müsste es heissen: Die «Nagra informiert seit gestern» über 3-D-Seismik.

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.



Die SVP habe schon in der Herbstsession die Einführung von systematischen Grenzkontrollen gefordert, schreibt Nationalrat Thomas Hurter in seinem Beitrag. In der Zwischenzeit haben einzelne Staaten der EU dies bereits getan. Bild Key

Sicherheit – eine Selbstverständlichkeit?

Die Schweiz wird immer wieder dafür gelobt, dass bei uns sogar Bundesräte alleine im Zug unterwegs sein können und man sich überall sicher fühle. Die schrecklichen Ereignisse in Paris sowie die verschiedenen Anschläge in den Wochen und Monaten davor schrecken uns aber auf. Wir fragen uns, ob das auch bei uns geschehen könnte und ob wir so etwas verhindern können.

Sicherheit ist eine klassische Verbundaufgabe zwischen den verschiedenen Leistungserbringern (wie zum Beispiel die Polizei, das Grenzschutzkorps und die Armee), der Politik und der Bevölkerung (Aufmerksamkeit und Verantwortungsbewusstsein). Dazu braucht es eine gute gesetzliche Grundlage, wie zum Beispiel das Nachrichtendienstgesetz. Ein Gesetz, das nur bei einer Bedrohung der Schweiz zur Anwendung kommt und nicht zur Überwachung unbescholtener Bürger benutzt werden kann. Die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit muss immer wieder neu gemacht werden. Wer absolute Freiheit will, kann keine Sicherheit haben und umgekehrt.

Wir werden uns im Parlament in den nächsten drei Wochen mehr als einmal über Sicherheit unterhalten. So beginnt die Session nächste Woche mit der Weiterentwicklung der Armee und der Beratung des Budgets 2016. In der zweiten Woche wird es eine ausserordentliche Session geben, die die Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen verlangt. Anlass ist ein Vorstoss der SVP, der notabene be-

In der Wintersession des Parlamentes, die am Montag beginnt, werden brisante Fragen rund um die Sicherheit diskutiert: Es braucht einen sicheren Finanzrahmen für die Armee bis 2020 und die Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen.

VON THOMAS HURTER

reits in der letzten Session eingereicht wurde.

Die Weiterentwicklung der Armee will eine erhöhte, abgestufte Bereitschaft der Armee, eine verbesserte Kaderausstattung, eine Vollausrüstung der Angehörigen der Armee und eine verbesserte Regionalisierung. Gleichzeitig wird aber der Armeebestand um 40 Prozent reduziert!

Die eigentliche Knacknuss ist aber die Frage, wie viel Geld die Armee für

ihren Auftrag bekommen soll und wie man diese Zahlungen absichern könnte. In der Sicherheitspolitischen Kommission ist es an der Sitzung in Schaffhausen gelungen, dem Bundesrat den Auftrag zu erteilen, einen eigenen Bundesbeschluss dazu zu erstellen. Die Kommission hat nun verlangt, dass in diesem Bundesbeschluss für die Jahre 2017 bis 2020 20 Milliarden Franken vorgesehen sind. Es ist zu hoffen, dass sich nun auch das Parlament dazu bekennt.

Die zweite grosse Sicherheitsdebatte wird bei der Frage zur Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen stattfinden. Das Dublin-System ist in den vergangenen Wochen aufgebrochen worden, und dies hat leider auch einen Einfluss auf die Sicherheit. Einzelne Länder in Europa haben begonnen, wieder systematische Grenzkontrollen einzuführen. Da kann die Schweiz nicht einfach zusehen. Das Grenzschutzkorps hat seine Bereitschaft und seine Kontrollen erhöht. Langfristig wird die Schweiz aber nicht darum herumkommen, mehr Grenzschützerinnen und Grenzschützer anzustellen. Kurzfristig kann die Armee in die Bresche springen und wo notwendig unterstützen, sei es mit Militärpolizei oder bei der Logistik.

Sicherheit ist eine wichtige Verbundaufgabe, die kein Gärtchendenken Einzelner zulässt. Mittel und Gesetze müssen bereit sein. Sicherheit muss gelebt werden und ist immer wieder Veränderungen unterworfen. Daher ist Sicherheit keine Selbstverständlichkeit!

Thomas Hurter ist Schaffhauser SVP-Nationalrat.

Presseschau Zu den Zielen der bevorstehenden Klimakonferenz in Paris

Das Vorgehen, auf freiwillige, selbst definierte Klimaziele zu setzen, mag zu denken geben und wenig glaubwürdig erscheinen. Zumal die Ankündigungen

Der Gipfel könnte zu einem historischen Ereignis werden, wenn er die Basis für einen neuen Pakt legt: China und Indien müssen bereit sein, ihr

Um das Scheitern einer weiteren Klimakonferenz zu verhindern, dürfen die Staaten nun selber sagen, wie viel Klimaschutz sie künftig betreiben wollen.

Tages-Anzeiger

ungenügend sind, um eine kritische Erderwärmung um zwei Grad zu verhindern. Ein Fortschritt auf diesem Weg ist aber möglich, weil er nicht von oben nach unten diktiert wird. Doch die Chance von Paris ist schnell vertan, wenn der Vertrag keine Regeln bietet, um die nationalen Klimaprogramme transparent und vergleichbar zu machen. (Tages-Anzeiger)

SPIEGEL

Wirtschaftswachstum ökologisch nachhaltiger zu organisieren. Und die westlichen Länder, die sich ihren Wohlstand auch auf Kosten des Weltklimas erarbeitet haben, müssen den Geldbeutel weit aufmachen, um Entwicklungs- und Schwellenländern beim Klimaschutz zu helfen. Ein kluger Hebel für einen dauerhaften Klimaschutz kann ein globaler, fairer und vor allem ehrlicher Emissionshandel sein. (spiegel.de)

TAGBLATT

(...) Das Ziel, die Erwärmung bis Ende Jahrhundert nicht mehr als zwei Grad ansteigen zu lassen, wird damit nicht erreicht werden. Aber nur ein Abkommen, dem alle 200 zustimmen, macht es überhaupt möglich, richtig einzusparen. (St. Galler Tagblatt)